

Solidarität



Organ des Verbandes der gewerkschaftlichen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM., ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 51 • 35. Jahrgang

Berlin, den 21. Dezember 1929

Der Angriff der Unternehmer

Der Übergang vom Dawesplan zum Youngplan — der übrigens noch nicht einmal endgültig feststeht — bringt für das Reich eine Entlastung von 500 Millionen für das laufende Jahr, von je 700 Millionen für die drei kommenden Jahre. Diese Gelegenheit benützt das deutsche Unternehmertum zu einem rückwärtslofen Angriff auf die Steuerpolitik des Reiches und auf die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften. Die Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ der Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich veröffentlichte, ist so ziemlich das Inverschämteste, was sich Unternehmer in der Nachkriegszeit geleistet haben.

Auf dem Gebiet der Steuerpolitik verlangt die Denkschrift Drosselung der Staatsausgaben und eine weitgehende Verschiebung der Steuerlast von den Besitzkäuern zu den Massenkäuern. Auf der Tagung des Reichsverbandes, die inzwischen in Berlin stattgefunden hat, forderte Silberberg eine vorläufige Kürzung der Staatsausgaben von 5 Prozent, was die bescheidene Summe von nur 800 Millionen ausmacht. Eine Finanzdiktatur soll dem Reichstag die Macht aus der Hand nehmen und eine neue Beratungsstelle des Reichs, die Länder und die Gemeinden vom ausländischen Kapital abschließen.

Aus dem Steuerprogramm des Reichsverbandes sei nur eine Auswahl erwähnt: Es wird verlangt Abbau der Einkommensteuer für Einkommen über 15 000 M., Halbierung der Gewerbesteuer, Beseitigung der Industriekriegssteuer, Einführung einer Kopfsteuer, Ersetzung der Hauszinssteuer durch eine den Mieter treffende Mietsteuer usw. Aber 2 Milliarden Mark sollen auf diese Weise „umgelegt“ werden.

Die Denkschrift fordert weiter Abbau der Sozialleistungen, denn sie lehnt jede Beitragserhöhung und jeden Zuschuß des Reiches zur Sozialversicherung, insbesondere zur Arbeitslosenversicherung, ab. Das Finanzprogramm der Regierung sieht dagegen eine Heraushebung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung um 1/2 Prozent vor, mit Wirkung vom 1. Januar 1930.

Die Denkschrift verlangt auch die Beseitigung des politischen Lohnes, das heißt die Beseitigung der Zwangsschlichtung. Offenbar steht der Reichsverband die Zeit gekommen, in der er glaubt, die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt ausnützen zu können. Die Gewerkschaften sind bereit, jeden Angriff abzuwehren.

Die Denkschrift fordert schließlich, daß der öffentlichen Wirtschaft jede Zufuhr von Kapital abgeschnitten werde, d. h. sie verlangt die Erdrosselung der Gemeinwirtschaft. Man kann diese Forderung verstehen, wenn man den Schmerz der Unternehmer über das unauffällige Vordringen der „fakten Sozialisierung“ kennt. Schädlich ist es vorläufig noch gelungen, in der Beratungsstelle für Auslandsanleihen Schwierigkeiten zu machen, z. B. das Zustandekommen der 15-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Berlin zu verhindern, obwohl sie das Geld dringend braucht.

Auch der Reichsbankpräsident Schacht hat nicht auf eine „Denkschrift“ verzichtet können, in der er sich im wesentlichen dem Finanzprogramm des Reichsverbandes anschließt. Die Regierung hat ihm eine deutliche Abfuhr erteilt. Sie lehnte eine Auseinandersetzung ab und stellte ihr Bedauern darüber fest, daß er durch seine Voreiligkeit die einheitliche Staatsführung gefährde.

Das Unternehmertum versucht einen ganz großen Raubzug auf die Taschen der Masse. Mit der

Keine Katastrophenpolitik

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgelung und Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und politischen Heißspornen eine Aktion unternommen, die einen neuen Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebensinteressen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten Wirtschaftserleichterungen des Youngplanes dienen dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Denkschrift und Kundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf die Inshöhlung der übrigen Sozialversicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten vom Kapital auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“ und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im letzten Jahrzehnt beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozialversicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern gestützt haben.

Die Gewerkschaften erkennen selbstverständlich die Notwendigkeit ausreichender Kapitalbildung an. Sie bekämpfen aber jene Politik, die einseitig die wirtschaftliche und politische Macht des Unternehmertums stärkt und die Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körperschaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige Besitzentlastung gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine solche Verschiebung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der bestehenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der

breiten Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine allgemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „ans Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein. In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in entwürdigende Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht am „Rande des Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen für die Aufgaben, die der Gesellschaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem Gebiete dauernd erwachsen.

Die unberufenen Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die bestehenden Schwierigkeiten noch verschärft. Zu wiederholten Malen hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirtschaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Betriebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanzreform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schreden maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht davor zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu erzeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfange zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen begehrliehen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umverteilung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Kra neuer schwerer sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Gräfmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Muffhäuser.

„Notwendigkeit der Kapitalbildung“ soll eine gewaltige Schröpfung der Kaufkraft begründet werden. Die Wirtschaft braucht Kaufkraft aber mindestens ebenso notwendig wie Kapitalbildung. Aber der Unternehmer braucht Profit, und das Wohlergehen der Wirtschaft war ihm schon immer Nebenfrage und wird ihm auch Nebenfrage bleiben.

Die eingangs erwähnte Entlastung, die der Youngplan bringt, ist zum größten Teil schon vorverbraucht. Die 500 Millionen des laufenden Jahres werden durch das Defizit des Reichshaushaltes restlos verbraucht. Der Reichshaushalt enthält auch noch ein „verschleiertes Defizit“ von etwa 350 Millionen, d. h. um diesen Betrag hat man die Einnahmen bewußt zu hoch angesetzt und auf diese Weise die zu erwartende Entlastung bereits vorweggenommen. Ohne diese Maßnahme wäre früher bereits eine Steuererhöhung in entsprechendem Ausmaß nötig geworden. Rechnet man den verschleierte Fehlbetrag noch ab, dann bleiben aus dem Youngplan noch über 150 Millionen von höchstens 350 Millionen, die für eine Steuerentlastung zur Verfügung ständen. Der Reichsverband will aber eine Gesamtentlastung der „Wirtschaft“, die er in der Regel mit sich selbst verwechselt, nicht um 350 Millionen, sondern um 700 Millionen!

Das Finanzprogramm der Regierung sieht eine Steuerentlastung von insgesamt 750 Millionen vor. Davon stehen 350 Millionen aus dem Youngplan zur Verfügung, 180 Millionen sollen durch Erhöhung der Biersteuer und 220 Millionen durch Erhöhung der Tabaksteuer ausgeglichen werden. Zu den 750 Millionen Mark Steuerentlastung kommen noch 85 Millionen durch Streichung der Rentenbankzinsen und 80 Millionen durch Ermäßigung der Industriekriegssteuer. Diese Summen fallen aber nicht zu Lasten des Reichshaushalts.

Selbstverständlich hat die Reichsregierung jeden Gedanken einer Finanzdiktatur abgelehnt. Durch die geplante Steuerentlastung wird zum Teil auch die Masse entlastet. So wird bei der Einkommensteuer der steuerfreie Einkommensanteil erhöht und die Kinderermäßigungen verbessert. Die Zuckerteuer soll ganz wegfallen. Die Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer trifft zwar in erster Linie den Massenverbrauch, trifft aber doch nur einen entbehrlichen Verbrauch. Zu beachten ist auch, daß die Bier- und Tabaksteuer nirgendwo so gering ist als in Deutschland und auch hier vor dem Krieg verhältnismäßig viel stärker herangezogen war.

Der Angriff der Unternehmer ist im wesentlichen schon steckengeblieben. Nun muß sich die Arbeiterschaft rüsten, daß sie zur gegebenen Zeit den Gegenstoß durchführen kann.

Weihnachten

Wie viel schlaftrüge Menschen seh' ich auf Erden hier!
Wie viele Schläfer ruhen schon unter ihr!
Wie viel werden noch schlaftrügen Angefichts
wandern durch die Wüste des Nichts! Bodenbede.

Die Menschen rüsten sich wieder, das Fest der Liebe zu begehen. Die Straßen der Städte zeigen es schon äußerlich. Unendliche Berge schöner Sachen sind in den Schaufenstern aufgestapelt. Viele liebende Menschen jermartern sich das Gehirn, um den Mitmenschen, Weg- und Lebensgenossen eine kleine Freude zu bereiten. Weihnachten ist das Fest der Liebe und der Solidarität. Deshalb wird es von allen gefeiert, auch wenn sie nicht an die christliche Lehre glauben, die dem ehemaligen Sonnenwendfest zugrunde gelegt wurde. Zwar werden auch in diesem Jahre wieder die salbungsvollen Worte ertönen: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen! Dennoch, auch heuer werden es leere Worte sein, wenn die rauen Umstände des Lebens einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Wenn wir nun mit Weihnachtsaugen die Welt betrachten, so gehen wir naturgemäß von unserem eigenen Wirkungskreis aus. Wir sehen, daß die Erde an Naturschöpfung immer reicher und reicher wird, wir spüren, daß der Erfindergeist des Menschen und die nie rastende Tätigkeit der Millionen die rohe Kraft der Natur immer mehr und mehr überwindet und sich dienstbar macht. Eine rastlose Tätigkeit, wohin man blickt. Neben den vielen Millionen, die berufsmäßig gezwungen sind, im Schweiße ihres Angesichts zu schaffen, arbeiten Zyklopen, Riesenapparate, Maschinen, die ein rasendes Tempo in die Welt der Arbeit hineingetragen haben. Der Reichtum des Menschen wächst, seitdem das Maschinenzeitalter angebrochen ist. Aber nicht allen Menschen werden die Annehmlichkeiten des Lebens zuteil. Millionen sind dazu verurteilt, immer auf der Schattenseite des Lebens ihre Tage zu vollbringen.

Hierzu zählen vor allem diejenigen, die beschäftigungslos sind, und diejenigen, die von der zermalnenden Mühle der kapitalistischen Wirtschaft zerstoßen und zertruten wurden. Kamenitisch in diesem Jahre fällt das Weihnachtsfest in eine Periode der Arbeitslosigkeit. In Deutschland werden an den Feiertagen mehr als 1½ Millionen arbeitsfähige Menschen ohne Beschäftigung sein. Die deutsche Wirtschaft vermag ihnen eine fruchtbringende Tätigkeit nicht zu geben. Sie leben von Unterfützungen, sofern sie noch in den Genuß von solchen gelangen. Gerade um die Weihnachtszeit dieses Jahres wird eine heftige Fehde ausgefochten, ob den von der Beschäftigung Ausgeschlossenen eine ausreichende "Unterfütterung" gewährt werden soll oder nicht. Das Fest der Liebe und die Worte von dem Frieden auf Erden werden also von einer großen Zahl von Menschen mit sehr eigentümlichen Gefühlen betrachtet. Die Arbeitslosigkeit wird nach Weihnachten noch weiter wachsen. Die Zahl der Beschäftigungslosen wird auf 2 Millionen ansteigen und darüber hinausgehen. Diese Menschen sind dem blinden Wüten einer Wirtschaftskrise ausgeliefert, ohne daß der Herr der Schöpfung, der Mensch selbst, seine eigenen Geschicke zu meistern und zu lenken vermag.

Und dies alles, obwohl, wie wir oben feststellten, die Kultur sich verbreitert, der Beschäftigtand der Menschen im ganzen sich vermehrt hat und immer größere Reichtümer aus dem Nichts hervorwachsen. In einer Zeit, wo das Menschengeschlecht produktiv so ungeheuer ergiebig ist, wo Stützmittel und somit Nahrungsmittel aus der Luft gezogen werden, wo die Technik glänzende Triumphe feiert, die Verkehrsmittel eine Höhe erreicht haben wie nie zuvor, wo brüderliches Walten und gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter überhaupt jede Not bannen könnte, ist diese noch tausendfältig spürbar. Auch in diesem Jahre werden viele Familien nur ein kümmerliches Weihnachtsfest feiern können. Und das ist es, was uns an der Vollkommenheit der heutigen Wirtschaftsordnung zweifeln läßt. Sie könnte vollkommener sein und ist es nicht, weil egoistische Interessen einzelner Gruppen und Menschen das Schicksal vieler weitgehend bestimmen.

Das Jahr 1929 ist das Jahr der Reparationslösung. Das Wort Friede auf Erden soll Wirklichkeit werden insofern, als der furchtbare Krieg, der vor 15 Jahren begann und vor 11 Jahren endete, endlich liquidiert werden soll. Deutschland muß bezahlen. In wochen- und monatelangen Kämpfen, Konferenzen, Verhandlungen und internationalen Presseschreiben ist um die Reparationslösung gerungen worden. Nun soll die letzte Hand an einen Plan gelegt werden, der auf Jahrzehnte hinaus für Deutschland große Lasten bringt. Der Ertrag deutscher Arbeit soll zu einem Teil ohne Gegenleistung mehr als ein Menschenalter hindurch über die Grenze geschickt werden. Das ist der Fluß der bösen Tat, daß Generationen dafür büßen müssen, was vorübergehende getan und gesündigt haben. Es steht nur zu hoffen, daß die

Regelung, die im nächsten Jahre in Kraft treten soll, auch wirklich zu einer Annäherung der Völker führt und ihnen die Kraft gibt, in Frieden und gegenseitiger Hilfeleistung miteinander zu leben, damit solche ungeheuren Katastrophen für alle Zeiten unmöglich sind.

Auch sonst hängt genügend schwarzes Gewölke am Himmel. Wir brauchen nur an die Kämpfe um die Steuerreform, um die Arbeitslosenunterstützung, um die sozialpolitischen Belange, um die Teilnahme an der Regierung usw. zu erinnern, um einen Geschmack zu bekommen, wie der Weihnachtsfriede im Innern Deutschlands aussieht. Es scheint überhaupt das Schicksal Deutschlands zu sein, daß fast immer um Weihnachten herum eine Regierungskrise im Bereiche der Möglichkeit steht. Daran ist

Seid selber der Menschheit Erlöser!

Man singt zur Weihnacht ein trostreiches Lied;
Es klingt wie Kindeslallen,
Wie ein Wiegenlied, dieses Weihnachtslied
Von Frieden und Wohlgefallen,
Von Liebe und Freude, von Freiheit und Glück,
Daß alle Menschen Brüder,
Und daß bald der heiland mit mildem Blick
Erlösend steige hernieder . . .

Ein herziges Lied! Doch die Wirklichkeit
Zeigt uns etwas andres auf Erden,
Sie zeigt uns, daß Unrecht und Böswilligkeit
Stets von neuem geboren werden;
Sie zeigt uns das Glend; sie zeigt uns die Not,
Singt höhnisch das Lied vom Hassen,
Und es schrillt der hungerstrei nach Brot
Aus Mietskasernen und Gassen . . .

So schleicht noch immer die blasse Not
Und das Unrecht durch alle Lande,
Und kein erlösendes Machtgebot
Befreit von der Knechtsheit Schande:
Es zeigt sich kein milder heiland der Welt,
Um aus den Klauen des Bösen
Gleich einem sieghaft gerechten held
Die Menschheit zu erlösen!

Wohlan! Seid selber heiland der Welt!
Seid selber der Menschheit Erlöser!
Sprengt selber die Kette, die zwingend euch hält,
Seid selbst eures Schicksals Verweiser!
Zum Freiheitskämpfe seht Euch die hand,
Zum Kampf aus des Sklaventums Krallen!
Schafft selber mutvoll ein Edelland
Voll Frieden und Wohlgefallen!

hinein in den Kampf! Die Köpfe gerückt!
Regt mutig die Herzen und Glieder!
heran an den feind, das Ziel ist gesteckt!
Die Zwingburg des Mammons ringt nieder!
erst dann, wenn diese Geißel gefällt,
Kann endlich auf Erden erschallen
Das Jubellied von dem Frieden der Welt
Und der Menschheit Wohlgefallen. Caes.

zu ermessen, daß selbst in einem christlich so beeinflussten Staatswesen wie Deutschland von dem Weihnachts- evangelium sehr wenig zu spüren ist. Dem Kampfe, Interessengegenstände, rücksichtsloses Vorwärtstreiben ist die Lösung.

Die Arbeiter sehen diese Dinge und ihre innersten Beweggründe am klarsten. Sie wissen, daß alles vergänglich ist, aber eigene Tatkraft viel zu vollbringen vermag. Deshalb sind sie geeifert vor Märchenglauben und übernatürlichen Hoffnungen. Auf ein besseres Jenseits lassen sie sich nicht mehr verstoßen. Hier auf Erden soll der Platz sein, wo für alle Menschen ein Wohlgefallen zur Tatsache werden kann. Und weil nichts vom Himmel kommt, kein Heiland ersteht, der die breiten Volksschichten zu erlösen vermag, deshalb müssen sie sich selbst helfen und ihre organisatorischen Einrichtungen weiter ausbauen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der Kraft, die an Stelle des Heilandsglaubens ein besseres Los zu schaffen vermag. So wollen wir hoffend in die Zukunft schauen, wie dies der Dichter Julius Zersch in folgenden Worten getan hat:

Und einmal wird doch eine Stunde kommen,
Und es wird sein, wie's immer war,
Als ob in Tränen alles fortgeschwommen . . .
Die Tage werden staunend sich erschellen,
Die Nächte unbestimmte Träume sein. —
Es wird nicht mehr von Haß und Heulen gellen,
Nach langem Weinen ist die Erde rein,
Die blutgetränkte, die einst glücklich war . . .

Ausland

Die Gewerkschaften für Verantwortung!

Auch in der Schweiz stellt sich die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ein. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat sich mit diesem zur Zeit besonders aktuellen Problem befaßt und gibt in seinem Presseblatt folgende Mitteilung bekannt:

Das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat die Frage der Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei am Bundesrat einer Prüfung unterzogen.

Es ist einigt im g zum Schluß gekommen, daß die Beteiligung vom Standpunkte der Arbeiterschaft im allgemeinen, insbesondere aber vom Standpunkte des Gewerkschaftsbundes und der einzelnen Gewerkschaften, sehr zu begrüßen wäre. Es gibt daher der Erwartung Ausdruck, daß sich der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei vom 30. November 1929 klar und deutlich auf diesen Boden stellen möge.

Ohne Jes und ohne Necht

Der schnelle Aufstieg Kemals in der Türkei ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die aufgefärrte Arbeiterschaft und mit ihr ein großer Teil der Bevölkerung hoffte, daß der neue Mann nicht nur den Jes und mit ihm einige andere äußerliche Wahzzeichen des Despotismus der Sultane abschaffen, sondern auch dazu übergehen werde, den Geist des Sultanats aus dem Wege zu räumen und außer den europäischen äußerlichen Lebensformen einige höhere Erzeugnisse politischer und sozialer Charakters einzuführen. Dies war eine Täuschung. Die Arbeiter tragen heute an Stelle des fleißigen Jes schlechthündende Mützen. Im übrigen sind sie jedoch schlimmer unterjocht als je und so entrecht, daß klassenbewußte Arbeiter nicht einmal Pässe für das Ausland erhalten. Da es keine sozialistischen Abgeordneten, keine sozialistischen Zeitungen und keine sozialistischen Organisationen gibt und geben kann, hört man nur selten etwas über das Los der Arbeiterschaft in der Türkei.

Ausnahmsweise war der Berliner „Vorwärts“ in der Lage, einen direkten Bericht aus Stambul zu veröffentlichen. Er bestätigt die schlimmsten Annahmen: „Die türkischen Gewerkschaften sind aufgelöst. Eine Arbeiterhilfskaffe, in die alle Handarbeiter Einzahlungen leisteten und die zur Unterstützung streikender Gruppen dienen sollte, wurde als letzte berartige Institution im Sommer 1927 aufgelöst. Seitdem kommen nur hier und da die Arbeiter einzelner Industriezweige unter polizeilicher Aufsicht zusammen, um Lohnfragen zu besprechen. Zwei Tabakarbeiterinnen, die in eines solchen Versammlung den gleichen Lohn zu fordern wagten, wie ihn die Männer erhalten, wurden wegen „aufreizender Reden“ wochenlang ins Gefängnis geworfen. Nur dort, wo es sich um ausländische Konzessionsgesellschaften oder um der Regierung mißliebige Unternehmungen handelt, hat man Streiks gestattet, ja sogar unterstützt. In solchen Fällen bringen dann auch Berichte ins Ausland. Denn die Regierung will den Einbruch erwecken, als ob es in der Türkei noch so etwas wie Koalitionsfreiheit gäbe. In Wirklichkeit ist es jedoch so, daß die Türkei keine politischen oder sonstigen Rechte kennt, keine Beschränkung der Arbeitszeit (sie beträgt normal 12 Stunden während der Saison, in Smirna bis zu 16 Stunden), keine Kranken-, Unfall-, Invaliden- oder Arbeitslosenversicherung. Bei Lebensunterhaltskosten, die in den größeren Städten so hoch sind wie in Europa, betragen die Löhne für ungelernete Arbeiter 2 Mark, für gelernte Arbeiter 4 Mark. Frauen und Kinder erhalten nur die Hälfte respektive ein Viertel der Männerlöhne. 15 bis 20 Prozent der türkischen Arbeitskräfte rekrutieren sich aus Kindern unter 14 Jahren.“

Ernüchterung bringt Einheit!

Im Jahre 1926 sah sich der Polnische Gewerkschaftsbund veranlaßt, den Verband der Arbeiter der chemischen Industrie wegen mangelhafter Disziplin aus der Landeszentrale auszuschließen. Einige der Ortsgruppen des beflagten Verbandes trennten sich jedoch von diesem und schlossen sich als neue Organisation der freigewerkschaftlichen Landeszentrale an. Während der letzten drei Jahre gab es deshalb in der chemischen Industrie Polens zwei Verbände, einen solchen der Amsterdamer Richtung und eine Organisation, die sich mehr in kommunistischem Fahrwasser bewegte. Das Sekretariat des ZGB wurde seinerzeit in dieser Angelegenheit um Intervention gebeten und hat versucht, die Einheit wieder herzustellen. Seine Aktion blieb jedoch ohne Erfolg. Was vernünftiges Zureden nicht vermochte, hat nun die Erfahrung gelehrt. Nachdem die kommunistisch angehauchte Organisation in der Praxis festgestellt hat, wohin kommunistischer Dilettantismus führen kann, ist die Ernüchterung eingetreten: der Verband verlangte die Wiederaufnahme der Besprechungen mit der freigewerkschaftlichen Landeszentrale. Eine gemeinsame Sitzung brachte ohne Schwierigkeit ein volles Einvernehmen.

